



Datenschutz-Richtlinie der AdBK München

Beschluss der Hochschulleitung vom 27.04.2021

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Allgemeine Regelungen	1
§ 1 Geltungsbereich	1
Zweiter Teil: Datenschutzrechtliche Zuständigkeiten	1
§ 2 Hochschulleitung	1
§ 3 CIO-Runde	2
§ 4 Fachsachgebiete und Zentrale Einrichtungen	2
§ 5 Behördliche Datenschutzbeauftragte bzw. Behördlicher Datenschutzbeauftragter	2
Dritter Teil: Zusammenarbeit	2
§ 6 Zusammenarbeit und gegenseitige Information	2
Vierter Teil: Ablauforganisation	3
Abschnitt 1: Allgemeine Grundsätze zur Gewährleistung des Datenschutzes	3
§ 7 Information der Beschäftigten	3
§ 8 Beteiligung der bzw. des behördlichen Datenschutzbeauftragten	3
§ 9 Datenschutzbericht	3
§ 10 Gewährleistung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Verarbeitungsverzeichnisses	3
Abschnitt 2: Gewährleistung besonderer datenschutzrechtlicher Verpflichtungen	4
§ 11 Verfahren bei Datenschutzverletzungen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO	4
§ 12 Auftragsverarbeitung	4
§ 13 Vertrauliche Meldung von Datenschutzverstößen nach Art. 36 BayDSG	5
§ 14 Inkrafttreten	5

Erster Teil: Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

Die Richtlinie gilt für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch alle Organisationseinheiten der Akademie der Bildenden Künste München.

Zweiter Teil: Datenschutzrechtliche Zuständigkeiten

§ 2 Hochschulleitung

- (1) Die Hochschulleitung stellt mit Unterstützung der nachfolgend genannten Beteiligten sicher, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfolgt.
- (2) ¹Die Behördenleitung benennt eine bzw. einen behördlichen Datenschutzbeauftragten und dessen Vertretung. ²Für die Benennung ist die als Anlage 1 beigefügte Urkunde zu verwenden.
- (3) ¹Die Hochschulleitung erarbeitet im Benehmen mit dem behördlichen Datenschutzbeauftragten und der CIO-Runde geeignete Datenschutzvorkehrungen nach Art. 24 Abs. 2 DSGVO.
²Hierzu gehören insbesondere Datenschutz-Richtlinien und fachverfahrensspezifische Anweisungen an die Beschäftigten.



§ 3 CIO-Runde

Das CIO-Gremium legt in Abstimmung mit den nach §§ 2 und 4 zuständigen Organisationseinheiten

- a) geeignete technische Maßnahmen zum Schutz der zu verarbeitenden Daten nach Art. 24 Abs. 1, Art. 25 und Art. 32 DSGVO,
- b) angemessene und spezifische Maßnahmen zum Schutz besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach art. 9 DSGVO, Art. 8 Abs. 2 BayDSG,

fest.

§ 4 Fachsachgebiete und Zentrale Einrichtungen

- (1) Die Fachsachgebiete und Zentralen Einrichtungen (hier im Weiteren als Organisationseinheiten bezeichnet) tragen für ihren Zuständigkeitsbereich die Verantwortung für die Beachtung der jeweils maßgeblichen datenschutzrechtlichen Vorschriften.
- (2) Im Benehmen mit dem behördlichen Datenschutzbeauftragten stellen die Organisationseinheiten für ihren Zuständigkeitsbereich sicher, dass die Rechte der betroffenen Personen nach Art. 12, Art. 15 bis Art. 22 DSGVO sowie die Informationspflichten nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO erfüllt werden.
- (3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, führt das Organisationssachgebiet das Verarbeitungsverzeichnis nach Art. 30 DSGVO.

§ 5 Behördliche Datenschutzbeauftragte bzw. Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Ergänzend zu den durch Art. 39 Abs. 1 DSGVO sowie Art. 12 und 24 Abs. 5 BayDSG zugewiesenen Aufgaben in der Anlage 2 werden der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten keine der nachfolgenden Aufgaben übertragen:

- Führung des Verarbeitungsverzeichnisses nach Art. 30 DSGVO
- Koordinierung der Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen nach Art. 12, Art. 15 bis 22 DSGVO durch das jeweilige Fachsachgebiet einschließlich Beteiligung bei deren abschließenden Entscheidungen über Betroffenenrechte
- Begleitung der Durchführung der Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art. 35 f. DSGVO
- Schulungen von Beschäftigten
- Umsetzung der Meldung bzw. Benachrichtigung bei Datenschutzverletzungen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO

Dritter Teil: Zusammenarbeit

§ 6 Zusammenarbeit und gegenseitige Information

- (1) ¹Die Organisationseinheiten, die CIO-Runde und die bzw. der behördliche Datenschutzbeauftragte arbeiten zur Gewährleistung des Datenschutzes vertrauensvoll zusammen und informieren sich gegenseitig. ²Hierzu schaffen sie geeignete Verfahren der kontinuierlichen Zusammenarbeit. ³Sie unterrichten die Behördenleitung über alle wesentlichen Vorgänge.
- (2) ¹Jede bzw. jeder Beschäftigte meldet seiner bzw. seinem jeweiligen Vorgesetzten unverzüglich Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen. ²Die Organisationseinheiten informieren die bzw. den behördlichen Datenschutzbeauftragten über den Verstoß.



Vierter Teil: Ablauforganisation

Abschnitt 1: Allgemeine Grundsätze zur Gewährleistung des Datenschutzes

§ 7 Information der Beschäftigten

Die Beschäftigten sind durch Richtlinien zum Datenschutz und auf sonstige Art und Weise für den Umgang mit personenbezogenen Daten zu sensibilisieren.

§ 8 Beteiligung der bzw. des behördlichen Datenschutzbeauftragten

- (1) Die bzw. der behördliche Datenschutzbeauftragte wird frühzeitig in alle wesentlichen Datenschutzfragen eingebunden und vom Organisationseinheiten, der CIO-Runde und den Beschäftigten bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt.
- (2) Ihr bzw. ihm ist vor dem erstmaligen Einsatz oder einer wesentlichen Änderung eines automatisierten Verfahrens, mit dem personenbezogene Daten verarbeitet werden, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (3) ¹Vor dem Einsatz einer Videoüberwachung sind der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten der Zweck, die räumliche Ausdehnung und die Dauer der Videoüberwachung, der betroffene Personenkreis, die Maßnahmen nach Art. 24 Abs. 2 BayDSG und die vorgesehenen Auswertungen mitzuteilen. ²Ihr bzw. ihm ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) ¹Die bzw. der behördliche Datenschutzbeauftragte ist im Vorfeld von Vergabeverfahren und neuer Fachverfahren sowie vor der Beschaffung von IT-Hard- und Software zu beteiligen, wenn datenschutzrechtlich bedeutsame Anschaffungen geplant werden. ²Dies gilt auch, wenn Zweifel an der datenschutzrechtlichen Relevanz solcher Verfahren bestehen. ³Bei hochschulübergreifenden Beschaffungen kann diese Aufgabe an eine oder mehrere zentrale fachkundige Stellen im Einvernehmen mit der Hochschulleitung übertragen werden.

§ 9 Datenschutzbericht

¹Die bzw. der behördliche Datenschutzbeauftragte erstellt regelmäßig, mindestens alle zwei Jahre, einen Bericht zum Datenschutz. ²In diesem sind die in der Hochschule zur Gewährleistung des Datenschutzes eingesetzten technischen und organisatorischen Maßnahmen darzustellen sowie ggf. festgestellte Datenschutzverstöße und Schutzlücken aufzuführen. ³Der Bericht enthält eine Bewertung, ob die eingesetzten technischen und organisatorischen Maßnahmen ausreichend sind, dem Stand der Technik entsprechen und in welchem Umfang datenschutzrechtliche Risiken bestehen. ⁴Die Ergebnisse des Berichts werden mit der Hochschulleitung und den zuständigen Organisationseinheiten erörtert und Verbesserungsmöglichkeiten geprüft. ⁵Der Bericht wird nicht veröffentlicht.

§ 10 Gewährleistung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Verarbeitungsverzeichnisses

- (1) Die Organisationseinheiten melden der für die Führung des Verarbeitungsverzeichnisses zuständigen Organisationseinheit unaufgefordert die neu aufgenommenen Verarbeitungstätigkeiten sowie wesentliche Änderungen bereits gemeldeter Verarbeitungstätigkeiten.
- (2) ¹Die für die Führung des Verarbeitungsverzeichnisses zuständige Organisationseinheit übersendet den Fachsachgebieten jährlich eine Liste der von diesen gemeldeten Verarbeitungstätigkeiten. ²Die Fachsachgebiete prüfen die Liste auf Richtigkeit und Vollständigkeit, aktualisieren sie und leiten sie der für die Führung des Verarbeitungsverzeichnisses zuständigen Organisationseinheit zu.



Abschnitt 2: Gewährleistung besonderer datenschutzrechtlicher Verpflichtungen

§ 11 Verfahren bei Datenschutzverletzungen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO

- (1) ¹Im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten im Sinne von Art. 4 Nr. 12 DSGVO informiert die jeweilige Organisationseinheit, der die Datenschutzverletzung bekannt geworden ist, unverzüglich die behördliche Datenschutzbeauftragte bzw. den behördlichen Datenschutzbeauftragten hierüber.
- (2) ¹Soweit der Organisationseinheit und der CIO-Runde der Verstoß noch nicht bekannt ist, unterrichtet die bzw. der behördliche Datenschutzbeauftragte diese. ²Sie bzw. er teilt ihnen dabei seine Einschätzung mit, ob eine Meldepflicht nach Art. 33 DSGVO oder eine Benachrichtigungspflicht nach Art. 34 DSGVO besteht. ³Die Einschätzung ist schriftlich zu begründen.
- (3) ¹Die Hochschulleitung meldet im Einvernehmen mit dem Organisationseinheit und dem CIO-Runde die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz mit dem nach Art. 33 DSGVO vorgegebenen Mindestinhalt, möglichst innerhalb einer Frist von 72 Stunden. ²Ist eine Meldung innerhalb von 72 Stunden nicht möglich, sind die Gründe hierfür zu dokumentieren und die Meldung unverzüglich nachzuholen. ³Die Meldung unterbleibt, wenn das Organisationseinheit und die CIO-Runde unter Berücksichtigung der Einschätzung der bzw. des behördlichen Datenschutzbeauftragten nach Abs. 2 der Auffassung sind, dass die Voraussetzungen des Art. 33 DSGVO nicht vorliegen. ⁴Die Gründe hierfür sind zu dokumentieren. ⁵Wenn Daten von oder an die Verantwortliche bzw. den Verantwortlichen eines anderen Mitgliedstaates übermittelt wurden, sind im Anwendungsbereich der Art. 28 bis 37 BayDSG die Informationen nach Art. 33 Abs. 3 DSGVO unverzüglich auch an diese bzw. diesen zu melden.
- (4) ¹Die Hochschulleitung und das CIO-Runde entscheiden auf der Grundlage der Einschätzung des behördlichen Datenschutzbeauftragten nach Abs. 2, ob eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten voraussichtlich ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge hat und somit eine Benachrichtigungspflicht nach Art. 34 DSGVO besteht. ²Die Benachrichtigung der betroffenen Person erfolgt unverzüglich durch die für die Umsetzung der Benachrichtigung zuständige Organisationseinheit. ³Unterbleibt eine Benachrichtigung nach Art. 34 DSGVO, sind die Gründe hierfür zu dokumentieren.
- (5) Nach Bekanntwerden des Verstoßes leiten die Hochschulleitung und die CIO-Runde in Abstimmung mit dem behördlichen Datenschutzbeauftragten unverzüglich Abhilfemaßnahme ein.

§ 12 Auftragsverarbeitung

- (1) ¹Die jeweilige Organisationseinheit prüft vor Abschluss eines Vertrages über die Auftragsverarbeitung, ob der Auftragsverarbeiter hinreichend Garantien dafür bietet, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen der DSGVO und den zu ihrer Ergänzung erlassenen europäischen, bundes- und landesrechtlichen Regelungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet wird. ²Hierzu lässt sich die Organisationseinheit entsprechende Nachweise/Zertifikate vorlegen und holt die Stellungnahme der bzw. des behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie der CIO-Runde ein.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für Vereinbarungen gemäß Art. 26 DSGVO.



§ 13 Vertrauliche Meldung von Datenschutzverstößen nach Art. 36 BayDSG

¹Erlangt ein Mitarbeiter von einem Datenschutzverstoß Kenntnis, kann er sich jederzeit unmittelbar an die bzw. den behördlichen Datenschutzbeauftragten wenden. ²Die bzw. der behördliche Datenschutzbeauftragte behandelt die Meldung vertraulich. ³Er darf Tatsachen, die ihm in Ausübung seiner Funktion anvertraut wurden, und die Identität der mitteilenden Person nicht ohne dessen Einverständnis offenbaren.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund Beschlusses des Präsidiums vom 27.04.2021 und der Genehmigung des Präsidenten vom 27.04.2021.

München, 27.04.2021


Prof. Dieter Rehm
Präsident der Akademie der Bildenden Künste München



Diese Satzung wurde am 27.04.2021 in der Hochschule niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 27.04.2021 durch Aushang in der Hochschule bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist daher der 27.04.2021.



Anlage 1 (zu § 2)

Benennung als behördliche Datenschutzbeauftragter bzw. behördlichen Datenschutzbeauftragten

Akademie der Bildenden Künste München

vertreten durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten [Name]

Urkunde

Hiermit benenne ich

Frau/Herrn

[Amtsbezeichnung] [Vorname] [Name]

mit Wirkung vom [Datum des Wirksamwerdens der Bestellung]

[alternativ: für die Dauer vom [Datum] bis zum [Datum]]

als behördliche Datenschutzbeauftragte/behördlichen Datenschutzbeauftragten der Akademie der Bildenden Künste München.

Gleichzeitig übertrage ich ihr/ihm die in der Datenschutz-Richtlinie der Hochschule vom [Datum] festgelegten Aufgaben.

München, den [Datum]

[Name und Amtsbezeichnung des Unterzeichners]



Anlage 2 (zu § 5)

Aufgaben des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Die Aufgaben der bzw. des Datenschutzbeauftragten umfassen:	Rechtsgrundlagen
I. Gesetzliche Aufgaben	
<p>I. 1. Unterrichtung und Beratung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters und der Beschäftigten, die Verarbeitungen durchführen, hinsichtlich ihrer Pflichten, die sich aus dem Datenschutzrecht (DSGVO sowie allgemeine und bereichsspezifische nationale Datenschutzregelungen) ergeben.</p> <p>Dies umfasst insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none">• Unterrichtung des Verantwortlichen, des Auftragsverarbeiters und der Beschäftigten der Behörde über die grundlegenden Bestimmungen des Datenschutzes und ihre jeweiligen Pflichten sowie Information bei gesetzlichen Neuerungen• Datenschutzrechtliche Beratung hinsichtlich aller mit dem Schutz personenbezogener Daten zusammenhängenden Fragestellungen und Aktivitäten, u.a.<ul style="list-style-type: none">○ bei der Erstellung der Verarbeitungsbeschreibungen○ bei der Einführung neuer automatisierter Verfahren, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden sollen oder wesentlichen Änderungen○ bei Planungen und Entwürfen von Verträgen zur Auftragsverarbeitung○ hinsichtlich der Pflichten, insbesondere Informations- und Auskunftspflicht, in Bezug auf die Rechte betroffener Personen nach Art 13 ff. DSGVO○ hinsichtlich Meldungen bei Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde (Art. 33 DSGVO) und Benachrichtigungen (Art. 34 DSGVO)• Beantwortung von Anfragen und Einzelberatung von Beschäftigten in allen Fragen des Schutzes personenbezogener Daten• Zusammenarbeit mit dem IT-Sicherheitsbeauftragten bzw. IT- Verantwortlichen• Beratung des Verantwortlichen bei der Erstellung von Dienstanweisungen und Dienstvereinbarungen mit Bezug zum Schutz personenbezogener Daten• Beratung bei der Erstellung eines IT-Sicherheitskonzeptes der Behörde zu Anforderungen, die sich aus den Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten ergeben	Art. 39 Abs. 1 Buchst. a DSGVO
<p>I.2. Überwachung der Einhaltung der DSGVO und nationaler Datenschutzvorschriften sowie der Strategien des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters für den Schutz personenbezogener Daten einschließlich der Zuweisung von Zuständigkeiten, der Sensibilisierung und Schulung der an den Verarbeitungsvorgängen beteiligten Mitarbeiter und diesbezügliche Überprüfungen</p> <p>Dies umfasst insbesondere:</p>	Art. 39 Abs. 1 Buchst. b DSGVO



Die Aufgaben der bzw. des Datenschutzbeauftragten umfassen:	Rechtsgrundlagen
<ul style="list-style-type: none"> • Überwachung der Einhaltung der Datenschutzvorschriften sowie der behördeninternen Vorgaben zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutz-Dienstanweisung) • Überwachung und Kontrolle der Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften bei der Ausführung der in den Verarbeitungsbeschreibungen dokumentierten Verarbeitungstätigkeiten • Überwachung und Kontrolle der Einhaltung der in den Verarbeitungsbeschreibungen dokumentierten technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten und zur Datensicherheit in Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen, der IT-Abteilung und dem IT-Sicherheitsbeauftragten • Prüfung und Stellungnahme zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten in Verträgen zur Auftragsverarbeitung <ul style="list-style-type: none"> ○ bei der Umstellung von bestehenden Verträgen auf die neuen gesetzlichen Grundlagen ○ bei vom Verantwortlichen geplanten Abschluss neuer Verträge zur Auftragsverarbeitung • Überwachung und Kontrolle der Einhaltung der in den Verträgen zur Auftragsverarbeitung dokumentierten Vorgaben zum Schutz personenbezogener Daten, einschließlich der technischen und organisatorischen Maßnahmen durch den Auftragsverarbeiter in Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen, der IT- Abteilung und dem IT-Sicherheitsbeauftragten • Fertigung von Stellungnahmen zu Datenschutzproblemen von Verwaltungsbereichen auf Anfrage oder in Eigeninitiative • Überwachung der Strategien des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters für den Schutz personenbezogener Daten, auch im Hinblick auf Sensibilisierung und Schulung derjenigen Beschäftigten, die an Verarbeitungsvorgängen beteiligt sind, bzw. diesbezügliche Überprüfungen 	
<p>I.3. Beratung – auf Anfrage – im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgenabschätzung und Überwachung ihrer Durchführung gemäß Art. 35 DSGVO</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung auf Anfrage des Verantwortlichen hinsichtlich der Grundlagen und Erfordernisse von Datenschutz-Folgenabschätzungen • Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung von Datenschutz- Folgenabschätzungen 	<p>Art. 39 Abs. 1 Buchst. c DSGVO</p>
<p>I.4. Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde</p>	<p>Art. 39 Abs. 1 Buchst. d DSGVO</p>
<p>I.5. Tätigkeit als Anlaufstelle für die Aufsichtsbehörde in mit der Verarbeitung zusammenhängenden Fragen, einschließlich der vorherigen Konsultation gemäß Art 36 DSGVO und gegebenenfalls Beratung zu allen sonstigen Fragen</p>	<p>Art. 39 Abs. 1 Buchst. e DSGVO</p>



Die Aufgaben der bzw. des Datenschutzbeauftragten umfassen:	Rechtsgrundlagen
I.6. Beratung betroffener Personen zu allen mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß DSGVO im Zusammenhang stehenden Fragen <ul style="list-style-type: none">• Beratung betroffener Personen - auf Anfrage• Weiterleitung von Anfragen, Auskunftersuchen und Beschwerden an den Verantwortlichen und Überwachung der Erledigung/Beantwortung durch ihn	Art. 38 Abs. 4 DSGVO
I.7. Stellungnahme vor dem erstmaligen Einsatz oder einer wesentlichen Änderung eines automatisierten Verfahrens, mit dem personenbezogene Daten verarbeitet werden.	Art. 12 BayDSG
I.8. Stellungnahme vor dem Einsatz geplanter Videoüberwachungen, insbesondere hinsichtlich Zweck, räumlicher Ausdehnung, Dauer der Videoüberwachung, betroffenem Personenkreis, vorgesehener Maßnahmen zur Kenntlichmachung und vorgesehener Auswertungen	Art. 24 Abs. 5 BayDSG
I.9. Erstellung von Berichten und Meldungen an die Behördenleitung <ul style="list-style-type: none">• Anlassbezogene Einzelmeldungen bei Feststellungen von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten, insbesondere wenn die Verletzung voraussichtlich zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen führt• Erstellung von regelmäßigen Berichten zur Datenschutz-Situation der Behörde an die Behördenleitung, zu den in der Dienstanweisung Datenschutz festgelegten Terminen	Art. 38 Abs. 3 Satz 3 DSGVO
I.10. Regelmäßige eigene Fortbildung zum Datenschutz	